Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7178**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Florian Toncar, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Rainder Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, Dr. Gerhard Schick, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Grietje Bettin, Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Undine Kurth (Quedlinburg), Anna Lührmann, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Krista Sager, Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn, Dr. Harald Terpe, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gegen die Einsetzung eines „Rates der Weisen" zur Zukunft der EU

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat die Einsetzung eines „Rats der Weisen" gefordert. Dieser Rat soll bis zu den Europawahlen 2009 Vorschläge zur Zukunft der EU ab dem Jahr 2020 vorlegen. Bereits beim Europäischen Rat am 13./14. Dezember 2007 soll über den Vorschlag abschließend beraten werden. Mit dem Reformvertrag haben sich die EU-Mitgliedstaaten jedoch gerade erst auf eine neue vertragliche Grundlage geeinigt, die die Union einen guten Schritt voranbringt. Diese Einigung und die Unterzeichnung des Vertrags beim EU-Gipfel am 13. und 14. Dezember 2007 werden vom Deutschen Bundestag begrüßt. Die zeitgleiche Einsetzung eines „Weisenrats" gibt deshalb ein völlig falsches Signal. Der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten wird durch diese Parallelität gefährdet.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Einrichtung eines solchen Rates deshalb ab. Zentrale Zukunftsfragen würden auf diese Weise intransparent hinter verschlossenen Türen und ohne demokratische Legitimation in engen Zirkeln geführt werden. Eine solche Form der Debatte verspielt das Vertrauen der Bürgerinnen und

Bürger in die EU. Die Debatte über die Zukunft des europäischen Projekts, über gemeinsame europäische Werte und eine gemeinsame Identität muss öffentlich geführt werden. Eine europäische Öffentlichkeit kann nur dann geschaffen werden, wenn Alternativen öffentlich debattiert werden. Die Einsetzung eines „Weisenrates“ würde der ohnehin schon unübersichtlichen Vielfalt an Gremien und Beratungsforen in der EU nur ein weiteres Element hinzufügen.

In der Union existieren gewählte Volksvertretungen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Die Diskussion über die Zukunft der Union darf nicht an diesen vorbei geführt werden. Gerade auch das Europäische Parlament würde durch die Schaffung eines „Weisenrats“ geschwächt werden. Für eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Union gibt es bewährte Verfahren: ein Konvent, wie er auch zu Erarbeitung des Verfassungsvertrages eingesetzt wurde, ist der Ort, an dem die wesentlichen Fragen zur künftigen Entwicklung der EU umfassend und transparent geprüft und verschiedene Antworten aufgezeigt werden können. Eine breite parlamentarische und zivilgesellschaftliche Beteiligung sichert, dass solch weitreichende Zukunftsdebatten zur EU nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Einrichtung eines „Rates der Weisen“ beim Europäischen Rat abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333